

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

11.8.1921 (No. 185)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 963
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
J. B. Reibter
E. K. f.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 1. mal gebaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung, druckmangelhafter Beilegung und Konfusionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Nachschau in den Brennereien.

Am einzelnen Orten Mittelbadens sind in letzter Zeit die mit der Nachschau in den Brennereien beauftragten Beamten von der Bevölkerung an der Ausübung ihrer Nachschau-tätigkeit verhindert und teilweise sogar bedroht worden. Zum Zwecke der Sicherung des Aufkommens des Meichs an den Monopoleinnahmen ist es geboten, daß die Beamten ihre Tätigkeit bei Tag und Nacht ungehindert ausüben können. Wenn sie gehindert werden, ist das Landesfinanzamt genötigt, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen; es ist berechtigt, nach seinem freien Ermessen den Abfindungsbeamten das Recht, auf Abfindung zu verzichten, zu entziehen. Das Landesfinanzamt wird das künftig bei sämtlichen Abfindungsbeamten in einem eines Ortes tun, in denen die Aufsichtsberechtigten ihre Tätigkeit nicht ungehindert ausüben können oder ihre Nachschau durch Aufstellen von Wachposten, Abgabe von Signalzeichen oder sonst irgendwie unwirksam zu machen gesucht wird, ohne Rücksicht darauf, ob und welche Brenner bei dem Vorgehen gegen die Beamten beteiligt waren. Es muß den Brennern, die als steuerlich überfällig gelten wollen, überlassen bleiben, die Personen, die eine geordnete Diensttätigkeit der Aufsichtsberechtigten unmöglich machen wollen, von diesem Vorhaben zurückzuhalten; wollen oder können sie dies nicht, dann müssen sie die Folgen mittragen.

Zum Brandunglück in Löffingen.

Am 1. August fand in Löffingen in Anwesenheit von Ministerialrat Stürzenacker als Vertreter des Arbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern eine gemeinschaftliche Aussprache mit den staatlichen Behörden, der Gemeindeverwaltung, der Architektenkammer und dem Verein „Badische Heimat“ über die Frage des Wiederaufbaues statt.

Die Beteiligten waren darin einig, daß das Endziel sein müsse, wirtschaftlich, technisch und schönheitlich möglichst einwandfrei aufzubauen. Es wurde eine Bestimmung gebilligt, welche in der Hauptsache eine nach jeder Richtung hin einwandfreie Bauweise, die sich namentlich auch der Gegend anpaßt, zu fördern bestimmt ist. Weiter wurde ein Ausschuß gebildet, der unter Leitung des Bezirksamts nach Bedarf zusammenzutreten wird, um Fragen von allgemeiner Bedeutung, ebenso auch die Baufragen im Einzelnen zu prüfen. Zu den Mitgliedern des Ausschusses gehört u. a. ein Vertreter der freiburger Architektenkammer und des Vereins „Badische Heimat“. Durch die Arbeit dieses Ausschusses soll den Wünschen und den Bedürfnissen der einzelnen Bauherren in keiner Weise vorgegriffen werden, man will sie nur in einer den heutigen Anschauungen entsprechenden Weise in die richtigen Bahnen lenken, und die Baupläne so wirtschaftlich ökonomisch und schönheitlich einwandfrei wie möglich gestalten.

Die anwesenden Gemeindevertreter hoben gerade auch dieser Seite der Frage volles Verständnis entgegengebracht und es ist somit zu erwarten, daß das, was in Löffingen in Würde wieder neu entsteht, vor der Kritik auch berufener Sachverständiger wird bestehen können.

Das Spiel um Oberschlesien.

Die bisherigen Meldungen über die Pariser Konferenz erfahren eine wertvolle Ergänzung und Kommentierung durch einen Stimmungsbericht des Korrespondenten der „F. Z.“ über die Verhandlungen des zweiten Tages. „Wenn“ so heißt es darin, „der Optimismus, den ein Teil der heutigen Morgenpresse zur Schau getragen hat, wirklich nur auf die Hoffnung begründet ist, daß Lloyd George sich durch die gestrigen Ausführungen des französischen Sachverständigen und durch die mehrfachen Unterredungen mit Briand bereits zu einer besseren Einsicht habe belehren lassen, so dürfte die Kombination einiger phantastischer Reporter, die ein lebenswürdiges Mädel des englischen Ministerpräsidenten bereits als Zeichen seiner Bereitschaft, Frankreich auf halbem oder vielleicht gar auf ganzem Wege entgegenzukommen, auslegen zu dürfen geglaubt haben, den Franzosen eine böse Enttäuschung bereitet haben. Denn von einer solchen Bereitschaft oder auch nur von einer Abweichung von dem bisher von der englischen Regierung vertretenen Standpunkt war in der Rede, die Lloyd George in der heutigen Morgen Sitzung des Obersten Rates gehalten hat, wirklich nichts zu merken. Lloyd George hat vielmehr den Franzosen mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, zu verstehen gegeben, daß „so stark auch der Wunsch Englands sei, über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen, die englische Regierung doch der Überzeugung sei, daß es im Interesse des Friedens der ganzen Welt liege, eine Regelung zu treffen, die weder die Mehrheit der ober-schlesischen Bevölkerung, noch das Interesse der Nachbarteilnehmer benachteilige“. Den französischen Behauptungen von dem rein polnischen Charakter Ober-schlesiens stellte er die Tatsache gegenüber, daß Oberschlesien seit nahezu sieben Jahrhunderten ein deutsches Land sei, daß es länger zu Deutschland gehöre als die Normandie zu Frankreich und als Elsaß-Lothringen jemals im Besitze Frankreichs gewesen wäre. Den französischen Bemerkungen, daß die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, wenn Deutschland seine „Waffenindustrie“ in Oberschlesien behalte, begegnete Lloyd George mit der sehr ersten Warnung, daß Frankreich im Gegenteil die Gefahr vergrößern würde, wenn es bei seiner in

der ober-schlesischen Frage eingenommenen Haltung beharre. Im letzten Krieg sei Frankreich gerettet worden „durch die Gerechtigkeit seiner Sache, die die ganze Welt um seine Fahnen geschart habe“. Aber keine Nation, die englisch eingeschlossen, würde es sich gefallen lassen, in einen neuen Krieg hineingezogen zu werden, der dadurch provoziert werde, daß eine der verbündeten Mächte in der Stunde des Triumphs ihre Macht mißbraucht oder die Gerechtigkeit gebeugt habe.

Der Eindruck, den diese Rede Lloyd Georges gemacht hat, scheint ein außerordentlicher gewesen zu sein. Denn als er mit dem Vorschlag schloß, die Sachverständigen nochmals zusammenzutreten zu lassen, damit sie auf Grund neuer Instruktionen einen gemeinsamen Vorschlag ausarbeiten, erhob sich von seiner Seite Widerspruch. Und diese Instruktionen sind sehr weitgehender Art. Lloyd George formulierte drei Prinzipien, die in der Fassung, wie sie in der französischen Presse wiedergegeben werden, wohl abfichtlich etwas unklar gehalten sind. Danach soll erstens das Stimmenverhältnis nicht nach Kommunen, sondern für die Gesamtheit des Gebietes pro Kopf festgelegt werden. Jede Stimme muß voll gewertet werden. Es ist nicht zulässig, die Stimme eines Bauern höher zu bewerten als die eines Städters, und es geht nicht an, das Industriegebiet als eine künstliche Schöpfung zu betrachten. Zweitens sind alle Industriezentren, in denen Deutschland eine Mehrheit von 2:1 erlangt hat, Deutschland zuzuteilen. Drittens sind die Industriezentren der Industriezentren, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit von diesen stehen, dem Land zuzuteilen, das in den Zentren selbst über die Mehrheit verfügt. Der genaue Wortlaut dieser Instruktionen liegt zur Stunde nicht vor. Die veröffentlichten Texte geben ziemlich weit auseinander. So formuliert der „Temp“ die dritte These wie folgt: „Die an das Industriegebiet angrenzenden Gebiete sollen dem Gegenstand einer gründlichen Prüfung bilden, inwieweit sie dem Industriegebiet selbst anzugliedern sind.“ Der Sinn ist jedenfalls nicht zweifelhaft. Es handelt sich hier offenbar um die präzise Fassung des gestern von dem englischen Sachverständigen ausgesprochenen Grundsatzes, daß es nicht angehe, deutsche Enklaven im polnischen Gebiet zu schaffen. Dagegen wäre es mehrwärtig, wenn Lloyd George sich in der Tat nur für die Zuteilung der Industriezentre in Deutschland ausgesprochen hätte, in denen die deutschen Stimmen die polnischen mindestens um das Doppelte überstiegen. Keinesfalls kann das so zu verstehen sein, daß Gebiete, in denen Deutschland nicht mindestens eine Zweidrittelmehrheit erhalten habe, an Polen fallen sollen.

Brands Erwiderung, die den größten Teil der Nachmittags-sitzung ausfüllte, war ausfallend matt. Er beschränkte sich darauf, die französische These nochmals in allen Einzelheiten zu zerlegen, ohne ein wesentliches neues Argument zu ihrer Begründung zu finden. Denn die Berufung auf das Kapitel Oberschlesien in Brockhaus' Konversationslexikon dürfte auf die Beteiligten sicher kaum den Eindruck gemacht haben, den Brand sich davon verprochen haben mag. Immerhin erkannte auch Briand zum Schluß die Notwendigkeit, zu einer Einigung zu kommen, an. Frankreich sei bereit, alles zu tun, um zu einer Verständigung zu gelangen. Bonomi, der italienische Ministerpräsident, und Hayashi, der Präsident der japanischen Delegation, beschränkten sich darauf, an die Solidarität der Alliierten zu appellieren. Die Tatsache, daß die Sachverständigen, die heute nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammengetreten waren, beschlossen haben, heute die ganze Nacht zu beraten, läßt darauf schließen, daß man in den Konferenzen, freilich den Wunsch hat, zu einem Kompromiß zu kommen, das in seinen wesentlichen Grundlinien den heute von Lloyd George ausgegebenen Richtlinien entsprechen dürfte.

Die Rede Lloyd Georges wird in der englischen Presse, „Morning Post“ und „Daily Herald“ eingeschlossen, allgemein gebilligt; die „Morning Post“ nennt die Rede sogar meißterhaft. Die „Times“ hält die Behauptung, daß die britischen Staatsmänner eine Verdrängung der Deutschen aus Oberschlesien nicht zulassen würden, für etwas übertrieben. Ganz allgemein wird offensichtlich auch außerhalb der Presse die scharfe Mahnung des englischen Regierungschefs an Frankreich gebilligt. Aber die Tragweite der Antwort Briands gehen die Meinungen auseinander, doch meldet der „Daily Chronicle“, daß die Konferenz die drei Grundzüge Lloyd Georges, auf Grund derer die Sachverständigen einen neuen Vorschlag machen sollen, einstimmig angenommen habe. Die „Daily News“ glaubt, daß damit die Konferenz endgültig den britischen Gesichtspunkt angenommen habe. Der Londoner Korrespondent der „F. Z.“ meint dazu: Dieses Urteil ist zweifellos richtig, soweit das Verfahren in Betracht kommt, denn, wie früher gemeldet, wollten die Engländer zunächst einmal die Festlegung klarer Prinzipien durch den Obersten Rat erreichen, nach denen dann die Experten die Einzelheiten für die Grenzziehung vorschlagen sollten. Der in Lloyd Georges Formeln ausgedrückte Grundsat, daß die Entschcheidung gemäß den ökonomischen Bedürfnissen zu fallen sei, was Paris bisher ablehnte, bedeutet aber als Willensausdruck der Konferenz auch materiell eine Annäherung an den englischen Standpunkt. Freilich: bestehen bleibt ein großer Teil der praktischen Schwierigkeiten, da jetzt zu prüfen ist, welche Gebiete denn nun eigentlich zur wirtschaftlichen Einheit des Industriegebiets gehören. Es steht jedoch fest, daß die englischen Sachverständigen die Einheit dieses durch deutsche Arbeit aufgebauten Wirtschaftsorganismus weitgehend anerkennen. Andererseits waren die englischen Experten und vollends die Londoner Regierung von Anfang an geneigt, nicht nur Pflanz- und Ackerbau, sondern außerdem auch eine nach englischer Meinung für die ökonomische Existenz des Industriegebietes nicht unentbehrlichen Gebietstreifen im Osten des Dreiecks Polen zuzuteilen. Die englischen Sachverständigen wären neuerdings für den

Fall einer Verständigung mit ihren französischen Kollegen bereit gewesen, das Gebiet um Lublitz und Sandowitz an Polen zu geben, wie kürzlich schon angedeutet wurde. Damit müßte Deutschland auch jetzt noch rechnen. Ein Umfall der englischen Regierung läge jedoch nur dann vor, wenn die bevorstehende Lösung tief in die Substanz des Industriegebietes einträte, wofür zwingende Anzeichen hier nicht vorliegen. Der „Daily Chronicle“ glaubt übrigens zu wissen, daß die Experten eine Linie ausarbeiten, nach der die Engländer der Zuweisung eines kleinen Streifens im Osten des Dreiecks an Polen zustimmen, während die Franzosen ihrerseits den ganz oder wenigstens teilweise noch unentwickelten Teil der Kreise Pflanz und Ackerbau den Deutschen bewilligen.

In ähnlichem Sinne berichtet auch „Daily Graphic“. „Daily Telegraph“ weist auf die Möglichkeit hin, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Preisgabe des Grund-satzes der Unteilbarkeit des ober-schlesischen Industriegebietes gefunden werden könne. Es scheint Tatsache, daß jetzt sowohl auf englischer als auch auf französischer Seite die Meinung vorhanden sei, eine Grenzlinie, die das umstrittene Gebiet durchschneidet, in Erwägung zu ziehen.

Aber das Verfahren, das die Alliierten bei der Festsetzung der ober-schlesischen Grenze durch Beschluß des Obersten Rates einzuschlagen gedenken, glaubt der „Intransigent“ folgendes mitteilen zu können: Zuerst müßten die Oberkommissare auf ihre Posten zurückkehren, dann die Alliierten Truppen an Ort und Stelle in Verteidigungszustand gebracht werden. Darauf werde man in Berlin und Warschau wissen lassen müssen, daß jede der beiden Regierungen eine große Verantwortung auf sich nehme, wenn sie es zu Unruhen oder Massenbewegungen kommen lassen. Im übrigen sei noch nicht bekannt, wie der Oberste Rat seine Entscheidung den Beteiligten bekanntgeben werde.

Eine weitere private Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Paris besagt folgendes:

Der Oberste Rat wird nicht auseinandergehen, ohne die ober-schlesische Frage geregelt zu haben. Der Weg zu einer Verständigung ist gefunden; welcher Art sie sein wird und ob das Kompromiß, das aus den Beratungen der Sachverständigen, die gestern wieder aufgenommen wurden und heute fortgesetzt werden, herauskommen wird, den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands in dem Umfang Rechnung tragen wird, wie man es nach der ersten Rede Lloyd Georges zu erwarten berechtigt wäre. — diese Frage wird erst der Verlauf des heutigen Tages beantworten. Die Grundlage der Verständigung ist die, daß man auf englischer Seite das Prinzip der Unteilbarkeit des Industriegebietes aufgegeben hat, während Frankreich den englischen Standpunkt aufgenommen hat, daß die städtischen Industriezentren des Zentralreviers, die sich in ihrer Mehrheit für Deutschland ausgesprochen haben, dem Deutschen Reich zugesprochen werden müßten und daß, um keine Enklaven entstehen zu lassen, ein Teil des sie umgebenden Gebietes trotz der polnischen Mehrheit diesem Industrie-gebiet angegliedert werden müsse.

Der Beschluß des Obersten Rates, der ihre Aufgabe umgrenzt, hat folgenden Wortlaut:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß in dem Zentrum des Abstimmungsgebietes, das unter dem Namen Industriegebiet bekannt ist, städtische Gemeinden mit stärkeren deutschen Mehrheiten und ländliche Gemeinden mit polnischen Mehrheiten dicht beieinander liegen, in Anbetracht ferner der Notwendigkeit, diese Situation nach Möglichkeit in Einklang zu bringen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, wird die durch die drei Plebiszitkommissare verstärkte Kommission der Sachverständigen gebeten, die Frage nochmals zu prüfen und einen Bericht auszuarbeiten, der erkennen läßt, welche Gemeinden aus topographischen und wirtschaftlichen Gründen von den oben erwähnten großen städtischen Industriezentren nicht abgetrennt werden können. Der Bericht soll ferner angeben, welche Eisenbahnlinien für die wirtschaftliche Existenz und für das Gedeihen dieser Gegend notwendig sind.“

Politische Neuigkeiten.

Der oberste Rat zur Orientfrage.

In seiner gestrigen Vormittags-sitzung setzte der Oberste Rat die Besprechung der im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig eine entsprechende Entschlieung an. Der Oberste Rat erörterte sodann die Frage der Freiheit der Meerengen. Man beschwerte sich von englischer Seite aus darüber, daß die Türken am Bosphorus von den Bolschewisten mit Waffen versorgt werden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Griechen ihrerseits den Bosphorus für ihre Operationen benutzen dürfen. Im Gegensatz zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Kriegshandlungen am Bosphorus zur Ausführung gelangen. Es würde ein gemeinsamer Schritt der Verhandlungsregierungen bei den beiden Kriegführenden unternommen werden, um die Freiheit der Meerengen zu sichern. Nach Regelung dieser Frage erklärte der Oberste Rat die Möglichkeit einer Vermittlung. Folgende Entschlieung gelangte zur Annahme:

Die Verhandlungsregierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um mit einem günstigen Erfolg eines derartigen Schrittes zu rechnen.

Mit einer Beilage: 53. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Das polnisch-französische Einvernehmen.

Ein interessantes Dokument veröffentlicht die „Oberösterreichische Warte“. Es ist ein neuer Beweis dafür, daß trotz aller Absegnungen bei dem letzten Aufstand in Oberschlesien zwischen Franzosen und Polen ein enges Einvernehmen bestand. Das Dokument lautet in der Übersetzung:

Loft, den 22. Mai 1921
No. 1. C. 1.
(28. Alpenjäger)

Der Kommandant der französischen Besatzung in Loft an den polnischen Kommandanten in Wischnia.

Ich bin mit dem polnischen Führer einverstanden, daß die Polen nicht requirieren werden die Pferde, die die Leute zur Feldarbeit brauchen. Da Herr Slowron seine Stute braucht, müssen Sie diese dem Herrn zur Arbeit lassen.

Der französische Leutnant.
(gez.) A. Hartmann.

Das Organ der heimatreuen Oberschlesier schreibt dazu: „Aus diesem Schreiben ergibt sich, daß die Polen Requisitionen bei der Bevölkerung Oberschlesiens im Einvernehmen und nach vorausgegangener Verständigung mit den französischen Kommandantenstellen vorgenommen haben.“

Der Unsinn der Friedensverträge.

In einem Interview mit einem Vertreter des „Manchester Guardian“ gab der bekannte amerikanische Finanzier Frank A. Vanderlip vom Standpunkt des praktischen Geschäftsmannes ein Urteil über den Unsinn der Friedensverträge ab, das Beachtung verdient. Er schilderte die Abneigung der Amerikaner, den europäischen Staaten (nämlich England) große Kredite zu gewähren, und gab zur Antwort, als er auf die Notlage Österreichs verwiesen wurde:

„Österreich, so wie es durch den Friedensvertrag geschaffen wurde, kann sich für 90 Tage selbst versorgen, muß aber für 9 Monate importieren. Es ist mit sehr starkem Massenhaß umgeben, was seinen Export erschwert. Der Außenhandel ist in Österreich besonders schwierig, und ich sehe nicht, wie es genug sollte exportieren können, um seine absolut notwendigen Importe zu bezahlen.“

„Dann glauben Sie also, daß der Friedensvertrag revidiert werden muß?“

„Ich glaube, daß die Verträge ohne jedes wirtschaftliche Verständnis für die Lage gemacht worden sind. Ich halte eine Abänderung des österreichischen Vertrags für praktisch unvermeidbar.“

Was Deutschland angeht, so scheint es mir, wenn Deutschland das alles auszuführen vermag, was es zu tun verpflichtet worden ist, so bedeutet dies für die britische Industrie große Not, und es bedeutet, daß Deutschland die beherrschende industrielle Maschine der Welt wird. Wenn es, mit all seinen Handelskapitalen, so viele Güter ausführen kann, wie zur Bezahlung der Indemnität nötig sind, so bedeutet das, daß es die Weltmärkte beherrscht. Von Ihrem (englischen) Gesichtspunkt aus glaube ich, daß Sie ungefähr im selben Maß leiden werden, in dem es Deutschland gelingt, seine Indemnitäten zu zahlen.

Die Lage Frankreichs ist ganz anders, und es wundert einen, ob ihr im Einvernehmen mit Frankreich bleiben könnt. Es verzehrt sich selbst und kann sich allein ernähren. Es verlangt nach der Indemnität aus einem doppelten Grund, um seine Lage direkt zu verbessern und um indirekt ein Gewicht auf Deutschland zu legen. Der Gegensatz dieser Interessen verwundert mich, weil er unerblickbar ist, und ich glaube, daß dies sichtbar wird, wenn die Sache sich wirtschaftlich auswirkt.“

Vom Ter Neulenschen Finanzierungsplan für die notleidenden europäischen Staaten hält Vanderlip nicht viel, vor allem bleibe es dadurch unwirksam, daß im amerikanischen Publikum keine Stimmung dafür vorhanden sei.

Dies alles ist, so bemerkt dazu die „Frank. Ztg.“, nur das Urteil eines Privatmannes, wenn auch eines sehr prominenten. Es ist aber umso mehr erlaubt, auf die Meinung Vanderlips zu verweisen, als sie in allen politisch entscheidenden Punkten mit der Auffassung führender Männer der Londoner City übereinstimmt, sowohl in der Beurteilung der Friedensverträge, wie in der Skepsis gegenüber der Möglichkeit, die von völlig verschiedener wirtschaftlicher Basis ausgehenden englischen und französischen Tendenzen in Übereinstimmung zu halten.

Die Neugestaltung der badischen Staatssammlungen.

Von Professor Dr. G. R. Maier.
(Schluß).

Die staatlichen Umwälzungen seit der Revolution und der geschaffene Ausgleich mit dem Großh. Hause haben dem Staat die gesamte Museumsverwaltung überlassen. Dadurch hat sich die Möglichkeit zu einer systematischen Neuordnung des ganzen Museumswesens geboten, die trotz der Unruhe der Zeit nicht länger aufgeschoben werden konnte. Es empfahl sich die bisherige Trennung in „Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde“ und „Kunstgewerbemuseum“ aufzugeben und die gesamten Denkmäler einem einheitlichen Plan durch Schaffung eines „Badischen Landesmuseums“ dienstbar zu machen, dessen Unterbringung im ehemaligen Residenzschloß vom Landtag beschlossen wurde.

Der herrliche Barockbau von Kehlhaus, der Stadt Karlsruhe schönstes Juwel und ihr natürlicher Mittelpunkt ist mit seinen durch Kunst und Geschichte geadelten Räumen die gegebene Stätte künstlerischen Genusses und ist durch den bunten Wechsel von herrlichen Brunkräumen und einfach gehaltenen großen und kleinen Zimmern, die ihrer gesamten Inneneinrichtung entblüht waren, wie geschaffen zur Aufstellung von Werken der Kunst und des Altertums. Die Sammlungen wurden nach wohlwogenem Plane, der pietätvoll das Vorhandene schützte, im Schloß zur Aufstellung gebracht. Die Abteilungen der Antike, der vaterländischen Sammlungen des Mittelalters und der Neuzeit und des gesamten Kunstgewerbes (mit Ausschluß der süddeutschen Raumkunst) sind jetzt vollendet und dem Publikum zugänglich gemacht.

Dabei wurde die Trennung in Schau- und Studien-sammlungen planmäßig durchgeführt. Da das Landesmuseum als Bildungstätte für die weitesten Volksschichten bestimmt ist, empfahl es sich, die großen Gesichtspunkte der Sammlung zu betonen, damit die reiche Anzahl der Einzeltypen und Varianten den Besucher nicht erdrückt. Diese werden in einer besonderen Studienabteilung Interessenten jederzeit zugänglich gemacht. Auffälliger gefunden haben nur originale Qualitätsarbeiten. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß das Einzelstück zur Geltung kommt und seine formale Schönheit durch Wandton und Beleuchtung gehoben wird. Daraus ergab sich die Notwendigkeit des Zusammenstimmens der Gegenstände eines Raumes, eines Schaukastens zu einem har-

Mahnahmen gegen die Teuerung.

Bei seinem Zusammentritt im September wird sich nach einer Blättermeldung der Reichstag voraussichtlich sofort mit der Frage befassen, inwieweit die Brotpreiserhöhung, die Steigerung der Milchpreise und die Auswirkung der Steuererhöhung eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen wird, und inwieweit der bei der durch die Reparationen aufs äußerste angespannte Finanzlage durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Diese Frage wird nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können.

Zur Steigerung der Reichseinnahmen.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem ihm vom Reichsfinanzministerium zur Begutachtung zugegangenen Gesetzentwurfen betreffend Erhöhung der Kohlensteuer und Erhöhung der Einfuhrzölle.

Der erstgenannte Entwurf sieht eine Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent mit der Einschränkung vor, daß der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, diesen Steuerfuß mit Zustimmung des Reichstages auf 25 Prozent zu ermäßigen. Nach Erklärung eines Vertreters der Regierung stellt der Entwurf in Anbetracht der Befristung des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1921 nur ein Provisorium dar, so daß also die vermehrten Einnahmen nur vorübergehend fließen würden. Im Hinblick auf den ungeheuren Finanzbedarf des Reiches sowie auf die neue Preiserhöhung für hochwertige Kohle komme man aber um eine Erhöhung der Kohlensteuer nicht herum. Die endgültige Regelung der Kohlenbesteuerung, insbesondere die Regelung der Sonderbehandlung des Hausbrandes, werde später erfolgen. Für gewisse Bezirke sei eine Herabsetzung des Steuerfußes beabsichtigt.

Der Ausschuß erkannte die Notwendigkeit an, der Reichskasse neue Mittel zur Verfügung zu stellen, äußerte aber entschieden Bedenken gegen ein „Provisorium“. Die grundsätzlichen Fragen der Kohlenbesteuerung müßten unbedingt schon jetzt ihre Regelung finden. Der Entwurf wurde schließlich einem Untersuchungsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Einfuhrzölle bezieht sich auf Luxuswaren wie Bananen, Kaffee, Kakao, Tee, Seifen, wollefreie Wäfler, Gespinnstwaren aus Seide usw.; für Kaffee soll eine Erhöhung von 130 Mark auf 200 Mark per Doppelzentner eintreten.

Der Vertreter der Regierung betonte, daß der Reichsverband der deutschen Industrie bei der Ausarbeitung des Entwurfs mitgewirkt habe. Eine Erhöhung der Luxuswareneinfuhr sei unumgänglich.

Der Ausschuß teilt den grundsätzlichen Standpunkt der Regierung, hält aber die Vorlegung weiterer Materials für nötig und vertagt die Weiterbehandlung des Entwurfs.

Der Zwischenfall in der Kolabucht.

Über den von russischen Küstenforts am 25. Juli auf deutsche Minensuchboote in der Kolabucht verübten Feuerüberfall hat der Kommandant der 11. Halbflottille, Kapitänleutnant Kothler, einen dienstlichen Bericht erstattet, den die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wiedergibt. Aus dem Bericht geht hervor, daß die deutschen Minensuchboote von der Insel Koros aus beschossen wurden, obwohl der Führer eines russischen Motorbootes, der von dort in einem Motorboot an das deutsche Kommandeursschiff herangekommen war, vom dem Zweck der Anwesenheit der deutschen Schiffe unterrichtet war. Das Feuer wurde zum Teil von den deutschen Schiffen erwidert. Insgesamt wurden von deutscher Seite 37 Schüsse abgegeben; es wurden auch einige Treffer beobachtet. Der russische Dolmetscher, der mit dem Motorboot gekommen war, erklärte auf die Frage, warum von russischer Seite geschossen worden sei, ohne den Führer zu fragen, die Leute seien verrückt. Der Führer selbst gab keine Antwort.

Kurze polit. Nachrichten.

Ergänzung der Steuerpläne. Die „Voss. Ztg.“ erfährt, daß im Kabinett der Gebanke erwogen werde, im Anschluß an die Körperschaftsteuer eine Art Beteiligung des Reichs an den Sachwerten durch eine teilweise Kapitalisierung dieser Steuer

durchzuführen und zwar etwa in der Weise, daß die Gesellschaft Genussscheine ausgeben, die dem Reiche das Recht auf einen Anteil vom Gewinn an den Liquidationsvermögen gewährt. Die Besprechung über dieses Problem ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die erste Milliarde. Das Blatt „Der Deutsche“ erfährt von zuständiger Stelle, daß die Vollzahlung der ersten Goldmilliarde bis zum 31. August nach der Forberung des Londoner Ultimatus gesichert sei.

Sturmjahren in der bayrischen Kammer. Im Verlauf der Schlußsitzung des bayrischen Landtags kam es zwischen der Bayerischen Volkspartei und der Linken wiederholt zu heftigen Szenen, die das Eingreifen des Präsidenten erforderlich machten. Besonders bei der Beratung der Vorlage über die Besoldung der Geistlichen und Bischöfe und über eine Aufwandsentschädigung für den jeweiligen Kardinal kam es zu scharfen Zusammenstößen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Linken gemäß den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Beim Einbruchsbischof überrascht. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus Katowitz meldet, wurde der ehemalige polnische Kommandant von Jaelno, ein kongreßpolnischer Leutnant und sein Adjutant, bei einem Einbruchsbischof überrascht und festgenommen.

„Le rocher de la paternité.“ Die Rheinlandkommission teilte dem Reichskommissar eine Entscheidung mit, nach der sie beschlossen hat, nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Vaterchaftsfragen gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur internationalen Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger seine Klage vor dem nationalen Gericht des Beklagten einbringen müsse.

Badische Übersicht.

Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Im Monat Juli d. J. wurde aufgefunden: am 2. im Zug 1718 eine Geldmappe mit 85,80 M., abgeliefert in Zell i. B.; im Zug 4 der Altbahn der Betrag von 87,70 M., abgeliefert in Eisingen; am 5.: auf dem Bahnhof Freiburg i. Br. der Betrag von 111,50 M.; am 9.: auf dem Bahnhof Dörmern eine Dürte mit 250 M.; am 13.: auf dem Bahnhof Freiburg-Wiesche der Betrag von 10 M.; auf dem Bahnhof Eisingen Holzhof der Betrag von 51,54 M.; auf dem Bahnhof Krozingen ein Geldbeutel mit 55,10 M.; am 16.: im Zug 6067 ein Geldbeutel mit 88,16 M., abgeliefert in Singen (Hohenwiel); im Zug 842 ein Taschentuch mit 48 M., abgeliefert in Mannheim auf dem Bahnhof Konstanz ein Geldbeutel mit 22,50 M.; am 23.: auf dem Bahnhof Konstanz der Betrag von 200 M.; im Zug 1569 ein Geldbeutel mit 16,90 M., abgeliefert in Donaueschingen; am 24.: im Zug 1561 ein Geldbeutel mit 48,05 M., abgeliefert in Hirschingen; im Zug 1722 ein Geldbeutel mit 23,52 M., abgeliefert in Zell i. B.; am 25.: im Zug 2768 ein Geldbeutel mit 7,20 M., abgeliefert in Offenburg; auf dem Bahnhof Konstanz der Betrag von 90 M.; am 28.: auf dem Bahnhof Schwetzingen ein Taschentuch mit 21,45 M.; auf dem Bahnhof Basel Bad. der Betrag von 34 M.; am 28.: auf dem Bahnhof Heidelberg ein Geldbeutel mit 6,06 M.; im Zug 1627 ein Geldbeutel mit 19 M., abgeliefert in Waldsloh.

Verbandstag Neudeutschland.

DZ. Freiburg, 10. Aug. Der gestrige Vormittag der 3. Tagung des Verbandes katholischer Schüler höherer Lehranstalten „Neudeutschland“ galt nach einem Besuch in der Martinskirche der Fortführung der Beratungen in der Kunst- und Festhalle, die wiederum, wie am Tag zuvor, einen sehr starken Besuch aufzuweisen hatte. Der gestrige Verhandlungstag stand unter dem Motto „Jugend“. Den Vorzug der Besprechung führte Vater Eich S. I. Nach der Verlesung der eingelaufenen Telegramme referierte Gausleiter Johannes Marßen über „Autorität und Freiheit“. Ein Antrag besagte, daß der geistliche Beirat in sittlich-religiösen Fragen unbedingt notwendig sei und daß ihm ein entscheidendes Mitspracherecht zustehen. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Frage wird eine nähere Durchberatung in den Kommissionen erfolgen. Über den Antrag selbst soll in der morgigen Tagung abgestimmt werden. — Das nächste Referat hatte Herr Professor Dr. D'Herz-München übernommen, der über die Frage

monisch-wohlgestalteten Ganzen. Besondere Sorgfalt ist dabei gerade auf die mittelalterlichen Altäre und Skulpturen gelegt, deren Aufstellung und Beleuchtung in einem Barockbau mit hohen Fenstern bis auf den Boden herunter manche Schwierigkeit hat, die durch gedämpfte Wandmalerei, Schaffung von diffusen Lichtquellen durch farbige Glasgemälde behoben wurde. Jede kulturhistorische Stimmulation wurde vollkommen vermieden. Ebenso hat sich das Museum von der bislang so beliebten neutralen Wandmalerei freigegeben und hat — soweit Neuanstrich erfolgte — eine farbige Raumstimmung bezogen, die in rhythmischem Zusammenklang erst die Fülle zum Vortrag der Kunstwerke abgibt. Der Museumsfachmann, beraten von Sachverständigen, die als Raumbildner einen Namen haben, hat hier gestaltet gewirkt vom Wandanstrich bis zur Sockelmalerei der Witrinen, welche größtenteils eine Umarmung und Neubestimmung erfahren haben. Besonders konnten in der Antikenabteilung und in den gotischen Räumen oft überraschende Wirkungen erzielt werden, wie z. B. im Spangrün und Schwarz gehaltenen Terrakottenaal, oder im blauen Wohnzimmer mit Hauptaltar und seitlichen hellgrünen Kabinetten mit kleineren Altären in vermauerten Fenster-nischen. Das Ganze wirkt durch den Wechsel von Altären und Einzelfiguren wie eine Choranlage mit Seitenkapellen und doch ist nichts durch Imitation hervorgerufen. Ebenso ist im weiß getünchten ehemaligen „Kirchengang“ durch die rhythmische Verteilung der Werke der Schmiedekunst eine Schwarz-Weiß-Wirkung erstrebt, welche diesen spröden Stoff durch Hebung des Materialcharakters und seiner Naturerbe vor weißem Hintergrund verstärkt und bindet.

Inbesondere ist im neuen Landesmuseum der erleichterte Genuß des Einzelstücks durch gelockerte Aufstellung gefördert worden und die ganze Aufteilung der reichen Bestände wurde nur durch die bereits erwähnte Teilung in Schau- und Studienabteilungen zu einem genutzreichen Betrachten für beide Teile von Besuchern, für den Laien und für den Studierenden der Archäologie, für den Künstler und den Gelehrten.

Der Wechsel von einfachen Räumen mit neuer farbiger Tönung und den edelsten Schöpfungen der Raumkunst des Rokoko wirkt erzieherisch auf den Geschmack des Laien und fördert in erster Linie den Kunstsin. Dadurch unterscheidet sich die Neugestaltung von der früheren Aufstellung wesentlich, welche aus der damaligen Zeit heraus zu verstehen ist. Wenn diese Gestaltung des Gemütes für die künstlerische Form des Einzelstückes und des ganzen Raumes neben der Vermittlung vom Wissen über Kunstwerke hergeht, kann das Museum erst den Anspruch auf ein wirkliches Kunstinstitut machen. Wenn dann

noch im Laufe des nächsten Jahres die gesamte Landesprä-historie, die reiche badische Volkskunde (Trachten, Wägen, Heim-industrie), die bekannten Bauern- und Wirtshäuser und das Schwarzwaldhaus in Bild und Modell mit feiner Einrichtung in alten Originalmöbeln, das Kapitolium römischer und mittelalterlicher Steinbildwerke in der Reithalle aufgestellt, die Waffen des 15. bis 18. Jahrhunderts in den Schulzimmern gezeigt werden können, ist das Programm noch lange nicht erschöpft. Mit fortschreitendem Freiwerden der Räume sollen eingerichtet werden: Im Bibliotheksbau (rechter Schloßpavillon) der Verwaltungsapparat samt Bibliothek des Landesmuseums, Denkmälerearchiv, Münzkabinett und eventuell die städtischen Sammlungen; im oberen Marfall die reiche Ethnographie, im unteren Marfall die Heresabteilung von 1800 bis 1918 (Waffen, Fahnen, Uniformen, Militärbilder, Kriegserinnerungen, hinter der Reithalle (Lapidarium) die großen volkstümlichen Gegenstände des badischen Landes, wie Kelterpressen, Webstühle, landwirtschaftliche Geräte, Grabkreuze, Wirtshaus-schilder, Kutschen, Feuerlöschgeräte u. a.

Im Küchenbau (linker Schloßpavillon) folgen später die berühmten hochwertigen altdeutschen Zimmer vom Kunstgewerbemuseum, der Stolz des unermüdbaren Sammelers Karl Hoffmanns und im langgestreckten Hirschingen dahinter die prächtigen Reithallen alter Kadellen, dazwischen eisenerne Ofenplatten, Feuerböde und Einzelschalen.

So wird sich im Laufe der Jahre fern dem Betriebe der Stadt von der Waldhornstraße über den ganzen Schloßkomplex bis zur Linkenheimerstraße, nur vom Theater unterbrochen, eine Museumsanlage erstrecken in diesem Anschluß an den herrlichen Schloßpark. Kunst und Natur verbinden sich zu einer einzigartigen Stätte der Erhebung für das ganze badische Volk.

Und aus der Vergangenheit und aus dem wechselliebenden Geschiebe der oberdeutschen Landschaft, die daselbst Stammesgefühl umschließt, wo Kunst und Wissenschaft seit Jahrhunderten die fruchtbarsten Gänge gefeiert, schöpft das Volk die Kraft und den Mut für neues inneres Werden und Wachsen. Das Heimatgefühl ist das stärkste Bollwerk gegen Abtrennung und Zersplitterung und das Badische Landesmuseum will in den Zeiten schmerzlicher Grenzpfähle den historischen Boden festhalten und die Kulturgüter der Vergangenheit hüten. Es will vor allem die Jugend hinführen an den Urquell deutschen Empfindens an die geschichtliche und künstlerische Entwicklung unseres Heimatlandes.

des Wanderns und die richtige Art des Wanderns sprach. Das Wachsen der Natur und das Streben nach ihrem Erleben müsse beim Wandern mitgedacht sein und Eigentum der ganzen Jugendbewegung werden. Der Redner kam dann auf die zahlreichen Vorbedingungen zu einem richtigen Wandern zu sprechen, so u. a. auf die Vorbereitung in der Kleidung, Ausrüstung usw. Das Wandern müsse auch alle vorhandenen ethischen Voraussetzungen und Ziele berücksichtigen. Die sehr wichtige Frage der Jugendherbergen sei im Verein mit anderen Organisationen zu lösen. Unter den mannigfachen Vorzügen, die ein richtiges Wandern aufzuweisen habe, sei auch zu bemerken, daß das Wandern leicht die sozialen Unterschiede auszugleichen imstande sei. Auf Wanderungen könne in die verschiedenen sozialen Verhältnisse mühelos Einblick gewährt werden. Hier solle jeder Standesunterschied weichen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, auch das Rheinland zum Ziel zahlreicher Wanderungen zu machen, um dadurch zur sogenannten friedlichen Durchdringung der Franzosen ein wirksames Gegengewicht zu schaffen. Mit lebhaftem Beifall wurden die Ausführungen des Redners von der Versammlung aufgenommen. Bezüglich der Jugendherbergen beschloß man u. a. ein Zusammengehen mit der Deutschen Jugendkraft. Herr Regierungsrat Dr. Brokmeyer hielt eine kurze Ansprache, worin er der straffen Disziplin der Neudeutschen seine Anerkennung aussprach. Erzbischof Dr. Karl Frick richtete ebenfalls einige herzliche Worte an die Teilnehmer. Heute nachmittag finden wieder Kommissionsberatungen statt.

Am Montag abend waren die Ortsgruppenleiter des Neudeutschen Bundes für Baden zum Erzbischof zum Audienz geladen. Erzbischof Dr. Karl Frick hielt eine kurze Ansprache und erklärte sich persönlich nach den Verhältnissen jeder einzelnen Gruppe. Vertreten waren u. a. Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Konstanz, Baden-Baden, Freiburg.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Warnung an deutsche Auswanderer. Von der amtlichen Zweigstelle des Reichswanderungsamts in Mannheim wird uns geschrieben: Wie die allgemeine deutsche Auswandererzeitung in ihrer Ausgabe Nr. 25 mitteilt und wie die Zweigstelle Hamburg bestätigt, haben die letzten mit dem Dampfer „Cubana“ auf Rechnung des Staats Eas Pauls nach Santos überführten Auswanderer vor ihrer Abreise von Hamburg einen Vertrag unterzeichnen müssen, wonach sie sich zu einer einjährigen Arbeit auf einer Kaffeepflanzung verpflichten mußten. Die auf Grund früherer Anmeldung für Verfahrnen noch in Betracht kommenden Auswanderer seien auf diese Tatsache wie auch noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die vielfach verbreitete Annahme, daß sie sich nach der Ankunft in Santos den im Vertrag übernommenen Verpflichtungen entziehen könnten, nicht zutrifft. Deutsche können aber nur in den seltensten Fällen so lange Zeit die Arbeit auf Kaffeepflanzungen leisten und haften andererseits mit ihrem Hab und Gut für die Innehaltung des Vertrages!

Eine Wahlkreisversammlung des Zentrums des 5. badischen Wahlkreises stellte am Dienstag v. M. die Vorschlagsliste für die kommenden Landtagswahlen auf. Nach einer kurzen Besprechung der Wahlvorbereitungen wurde der geschäftsführende Ausschuss genehmigt; zum ersten Vorsitzenden wurde Ministerialrat Dr. Baumgartner-Karlsruhe, zum Stellvertreter Dr. Duttenshofer-Breisach, zum Schriftführer Professor Bürck-Durlach und zum Kassier Oberpostsekretär Götlicher-Forsheim bestellt. Stadtrat Dr. Franz-Karlsruhe begründete folgende Entschiedenheit, die einstimmige Annahme fand:

Die am 2. August in Karlsruhe zusammengetretene Wahlkreisversammlung des 5. bad. Wahlkreises dankt der Zentrumsfraktion des Landtags für ihre eingehende Arbeit im Geiste des sozialen Rechts und der sozialen Gerechtigkeit für alle Stände und Berufe und für ihr warmes Eintreten für die christliche Grundlauge der Schule im Dienste von Volk und Vaterland.

DZ. Mannheim, 10. Aug. Im alten Werk von Benz u. Co. haben jetzt die schon lange angekündigten Entlassungen begonnen. Gestern wurden 152 Angestelltenkündigungen ausgesprochen.

Konzerthaus.

„Die Geisha“.

Im Konzerthaus gab man gestern zum erstenmal die vor einem Vierteljahrhundert entstandene Operette von Simeon Jones. Zurzeit der Jahrhundertwende erfreute sich die heute stark verfallene, im ersten Akt geradezu lebend anmutende Operette einer außerordentlichen Popularität, die sie vielleicht weniger ihrer geschäftlich gemachten Musik, als ihrem damals noch neu und fremdartig wirkenden japanischen Milieu zu verdanken hatte. Dieser Umstand legt es eigentlich nahe, das Werk als ausgearbeitetes Kostümspiel zu behandeln; leider sind derartigen Absichten naturgemäß heute enge Grenzen gezogen, wie sie sich denn auch gestern hier geltend machten. Das Bühnenbild war bei aller Dürftigkeit von einer gewissen Nüchternheit und wenig kitschig; der Anblick auf das Meer mit den gemalten unbeweglichen Segelstollen illusionserzeugend. Hier wäre weniger mehr gewesen.

Im übrigen gestaltete sich die Aufführung — abgesehen von einigen einschläfernden Rängen im ersten Akt, der unbedeutlich auf zwei Drittel, wenn nicht die Hälfte zusammengestrichen werden dürfte — im ganzen flott und temperamentvoll, sowohl in hinsichtlich wie in musikalischer Hinsicht. Frau Lange-Walke verkörperte die Titelpartie mit der ihr eigenen, großen gefühlvoll-darstellerischen Sicherheit u. Routine, Herr Gornfeld ers gab den Paikjag mit sympathischer Natürlichkeit und guter Stimme. Einen sehr guten Eindruck erzielte in darstellerischer Hinsicht Fr. Else Simon vom Stadttheater Kassel, die als Gasi die Rolle der Wally Semore übernommen hatte. Fein und grazios im Spiel, flott und anmutig im Tanz, befeuerte sie Temperament und rhythmisches Gefühl, darüber hinaus aber auch ein prächtiges Talent zu humorvoller Charakterisierung. Über ihre Gesangsleistung soll in anbeacht der ausgedehnten Mitteilung über eine Erklärung der Rev. nistlerin heute kein Urteil gefällt werden. Herr Felder zeichnete den Marquis Imari mit wirkungsvollem, trockenem Humor, Herr Steiner erfreute als Katana durch sein langschönes Organ, trotz anscheinender Indisposition, die sich in der Sprache bemerkbar machte. Einen Sondererfolg hatte Herr Herr (Wan Shi) mit seinem chinesischen Geistes. Auch die übrigen Mitwirkenden stellten in allgemeinen gute Leistungen auf die Bühne. Das Orchester wirkte unter der Leitung von Kapellmeister Federicher sauber und langschön. Einige zwischen Orchester und Bühne herrschende Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Tempos sollen nicht verdrängt werden, wobei die Frage offen bleiben mag, inwiefern sie auf die dem Kontakt zwischen Orchester und Sängern wohl nicht sehr günstigen akustischen Verhältnisse des Konzerthaus zurückzuführen sein mögen.

DZ. Mosbach, 11. Aug. Für den Kreis Mosbach wurde am vergangenen Sonntag in einer Versammlung in Osterburken die Gründung eines Kreisobstvereins für den Kreis Mosbach beschlossen. Der Verein will die wirtschaftlichen Interessen der Bezirks- und Obstbauvereine fördern.

DZ. Ettlingen, 6. Aug. In der Urkunde für das Ehrenbürgerrecht der Stadt Ettlingen an den Geistl. Rat Albert heißt es: Ein Menschenalter hindurch hat der Jubilar seine ganze Kraft dem geistlichen und sittlichen Wohl unserer Stadt gewidmet. Die Herz Jesu Kirche wurde unter seiner Leitung gebaut, zahlreiche soziale und charitative Einrichtungen zum Segen der Gesamtbürgerschaft sind sein Werk. — Der Jubilar hat sich und der Gemeinde dauernde Denkmäler gesetzt, wofür diese Urkunde öffentlich Zeugnis und Dankbeweis unserer Stadt sein soll.

DZ. Baden-Baden, 10. Aug. In der Nacht zum Dienstag drangen Einbrecher durch eine eingedrückte Tür in den Klosterhof der Diententaler Klosterkirche und stiegen mittels Leitern durch ein eingedrücktes Fenster in die Klosterkirche. Hier versuchten sie, den Tabernakel zu erschleichen, wurden aber durch Klosterangehörige in ihrem Beginnen gestört und flüchteten unerkannt. Verschiedene Werkzeuge, wie einen Meißel, eine große Weizange usw., liegen sie am Tatort zurück.

DZ. Freiburg, 10. Aug. Über die Flucht zweier ausländischer Silberhändler aus dem Unterjuchungsgefängnis berichtet die „Freiburger Zeitung“ u. a. Im Baderraum ließ man heißes Wasser laufen, die sich entwickelnden Dämpfe drangen ins Freie und veranlaßten den Wächter in den Kellerraum zu gehen, während die Gefängnisse des Gefängnisses mit eigenem Schlüssel verriegelt und das Schloß von außen unbrauchbar machten. Ein Automobil mit Chauffeur, der die nötigen „Pässe“ schon bei sich führte, nahm die Flüchtlinge mit. Der Gefängniswärter ist unter dem Verdacht der Begünstigung und Mithilfe bei der Flucht in Untersuchungshaft genommen worden.

DZ. Schopfheim, 8. Aug. Der Bezirksrat besaßte sich am Donnerstag in einer Sitzung im Rathaus in Wies mit einem Antrag des Gemeindevorstandes, wonach die Staunanlage des Kihlgrabenwerkes weiter ausgebaut werden soll. Laut „Volksblatt“ soll die Staunanlage, welche gegenwärtig eine Höhe von drei Metern hat, um weitere drei Meter erhöht werden. Damit wird erreicht, daß das Werk bedeutend mehr Wasser fahrt und sein Druck stark erhöht wird. Das Staunbassin liegt etwa 40 Meter höher als die Turbinenanlagen, das Wasser wird durch ein 80 Zentimeter starkes Eisenrohr in diese geleitet. Gegen dieses neue Projekt gingen eine Anzahl Beschwerden ein; die aber meist durch einen Vergleich erledigt werden konnten. Nach vierstündiger Verhandlung wurde nun das Projekt unter Auflegung verschiedener Bedingungen genehmigt. Der Ausbau der Anlage kann infolgedessen sofort in Angriff genommen werden.

DZ. Waldshut, 8. Aug. Das erste Musikfest des Musikverbandes Oberrhein, verbunden mit 100-jähriger Stiftungsfeier des Musikvereins Waldshut wurde hier unter gewaltiger Beteiligung gefeiert; das Fest nahm einen über alles Erwarteten schönen Verlauf. Aus dem reichen Programm sei nur hervorgehoben, daß der Festzug ein Leben und Treiben innerhalb der Stadt brachte, wie es wohl vorher noch nie gesehen wurde. 27 Kapellen wirkten bei dem Festzug mit in dem sich zahlreiche Krachen und originelle Kostümierungen befanden. Der Festzug bot ein ebenso interessantes als abwechslungsreiches und herzerfrischendes Bild. Die Preisverteilung anlässlich des Konzertes auf dem Festplatz ergab folgendes Resultat: den ersten Preis und Ehrenpreis der Stadt Waldshut erhielt Harmonie Kaufmann, erster Preis im Ehrenpreis Turgt (Ehrenpreis der Langs) und Lagerwilsen (Ehrenpreis der Firma Mann), zweite Preise erhielten Döttingen, Trochtingen und Leuggern.

DZ. Aus der Saar, 10. Aug. In dem durch Brand zerstörten Sunkthausen konnte am letzten Samstag das erste neuerbaute Haus schon bezogen werden. Auch die Arbeit an den anderen neu zu errichtenden Gebäuden schreitet erfreulicherweise rasch voran.

Aus der Landeshauptstadt.

Pferberennen auf dem Karlsruher Rennplatz.

Der Karlsruher Reiterverein, der mit seinen diesjährigen Reiz- und fahrsportlichen Preisausreibungen für den 25. September die Reihe der zahlreichen Veranstaltungen der Karlsruher Herbstfestwochen eröffnet, wurde im Jahre 1900 gegründet.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sich der Verein, der sich die Hebung der Pferdezeit, insbesondere die der engeren badischen Heimat sowie die Förderung des Reiz-, Reit- und Fahrsports zur Aufgabe gemacht hat, zu großer Blüte entwickelt. Während zunächst nur ein Renntag jedes Jahr stattfand, konnte, war der Verein, der sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreute und dem von allen Seiten tatkräftige Unterstützung zuteil wurde, sowie letzten Endes dank der vorzüglichen Leitung seines langjährigen Präsidenten, des früheren Oberjägermeisters Frhr. v. Seidenstedt, in der Lage, in den letzten Jahren vor dem Kriege im Frühjahr und im Herbst je einen Renntag anzusetzen zu können. Von nah und fern eilten die bekannten Herrenreiter nach Karlsruhe, um auf dem idyllisch gelegenen Rennplatz bei Klein-Rippurr ihre Pferde dem Starter zu stellen. Jeder Besucher — Reiter wie Zuschauer — war des Lobes voll über die musterhaft angelegte Rennbahn, ihre geräumige Tribüne, sowie alle sonstigen Anlagen.

Der Festzug brachte dem Erklären des Vereins ein läches Ende, die letzten dem Verein treu gebliebenen Mitglieder glauben schon, daß mit einer Wiederaufnahme der alten Tätigkeit und der Befolgung des oben erwähnten Ziels kaum wieder zu rechnen sein würde. Nun hat sich aber unter dem neu erwählten Präsidenten, General Illmann, der Verein neu gebildet. Freunde des Sports und der Pferdezeit haben sich gefunden, die dem Verein zu neuem Leben verholfen haben und zur allseitigen Freude haben sich schon diese gefunden, die ihr Interesse für die Bestrebungen durch ihren Beitritt zum Verein bekundet haben. Nach langjähriger Pause kann der Reiterverein in diesem Jahre nun wieder an die Öffentlichkeit treten. Er wird landwirtschaftliche Galoppreiten, Trabrennen, Preisbewerben für Wagen im Privatbesitz, von Fußhalten und Gewerbetreibenden, sowie Reit- und Springprüfungen ausreiben. Diese Ausschreibungen, deren Veröffentlichungen in den Zeitungen bevorstehen, werden allen Interessenten zugängig werden, können aber auch unmittelbar vom Sekretariat Karlsruhe, Stefanienstr. 90, kostlos bezogen werden. Neben wertvollen Ehrenpreisen und Plaketten sind nahezu 8000 M. als Geldpreise bestimmt. Die Preisprüfungen finden wie ehemals auf den Rennwiesen bei Klein-Rippurr statt. Die Domänenabteilung des bad. Ministeriums des Innern hat in freundslichem Entgegenkommen die Wiesen wieder zur Verfügung gestellt, und dem Stadtrat der Landes-

hauptstadt dankt der Verein die Erlaubnis zur Benützung der noch stehenden Tribüne.

Das Direktorium des Vereins, dem u. a. die Herren Stadtrat Menzinger, Franz Fischer, Veterinärarzt Bayerbücker, Konsul Regensburger, Oberstl. Frhr. v. Fißard angehören, wird keine Mühe und Kosten scheuen, um die geplante Veranstaltung würdig zu gestalten. Da der Verein nach wie vor seine alte Anziehungskraft auf die Bevölkerung von Stadt und Land ausüben wird, so ist ihm im Interesse seiner volkswirtschaftlichen idealen Bestrebungen ein schnelles Wachsen und Gedeihen zu wünschen.

Vom Wetter. Nach der fast ausichtslosen Trockenheit und Hitze der letzten Tage trat gestern Nachmittag die so sehr ersehnte Abkühlung durch Gewitter und Regen ein. Das Gewitter entlud sich über Karlsruhe, doch waren die Niederschläge nicht von Bestand und schon um halb 7 Uhr zeigte sich wieder der freundliche blaue Himmel und die Sonne lachte durch das sich verzehende Gewölke. Während der Nacht kam es zu einem weiteren Regen, der jedoch die Temperatur, trotz fortwährender Bewölkung, nicht wesentlich beeinflusste.

DZ. Kein Selbstmord. Zu dem letzter Tage im Polizeibericht erwähnten Selbstmord einer Frau in der Stefanienstraße, die zum Fenster hinaus in den Hof stürzte und hierbei den Tod fand, wird bezeichnend bemerkt, daß es sich, da Motive zu einem Selbstmord nicht vorlagen, wohl um einen Unglücksfall gehandelt haben mag.

Mord und Selbstmord. Am 10. August morgens kurz nach 5 Uhr entleibte sich im Hardtwald bei der verlassenen Weidenstraße ein Liebespaar mit vier Schüssen aus einem Armeerevolver. Nach einem hinterlassenen Brief war Liebeskummer das Motiv zur Tat.

Badische Gemeindegschau.

DZ. Bürgermeisterwahlen: Zum Bürgermeister von Kirnbach (Amt Wolfach) wurde der Schuhmachermeister Johannes Brüttele mit 203 von 374 Stimmen gewählt. In Schönenbach (Amt Willingen) fiel die Mehrheit der Stimmen auf den Ratsschreiber Straub, der 111 Stimmen erhielt.

DZ. Wehr, 8. Aug. In der Bürgerauschussführung wurde u. a. auch die Frage nach einem Baudarlehen für die Bau-genossenschaft behandelt, die auch in diesem Jahr ein Vierfamilienhaus erbauen will mit Hilfe der Post. Die hierzu geforderten 40 000 Mark als Baudarlehen, sowie 39 000 Mark als Übertuerungszuschuß wurden debattellos mit allen Stimmen genehmigt. Die bisher von der Gemeinde getragenen Zuschüsse zur Handwerkskammer sollen laut „Südlicher Volksblatt“ künftig von den betreffenden Handwerkern zurück-erhalten werden. Die Handwerkerkreise erklärten sich mit dieser Maßnahme nicht einverstanden. Sie fordern, daß, wenn man die Beiträge zur Handwerkskammer umlege, dies auch mit den Beiträgen der Landwirtschaftskammer geschehen müsse. Dieser Gegenstand wurde schließlich von der Tagesordnung abgesetzt.

DZ. Konstanz, 8. Aug. Der Stadtrat hat für die Brandgeschädigten in Wülfingen vorläufig zur Behebung der größten Not 1000 Mark bewilligt. — Der Stadtrat Konstanz hat beschlossen, aus Sparmaßsicht künftighin keine Geldmittel mehr zur Beschaffung von Kreisen für Vereine auszuwerfen und die Beteiligung von Vertretern des Stadtrats bei Vereinsanlässen in Zukunft nur auf außerordentliche Fälle zu beschränken. — Der Verein für das Deutschtum im Ausland ist an die deutschen Städte mit einem Aufruf herantreten, den Kindern der deutschen Bevölkerung in den vdm Deutschen Reich abgetrennten Gebieten des Ostens eine ihrem deutschen Volkstum entsprechende Schulbildung und Erziehung zuteil werden zu lassen und zwar dadurch, daß die Reichsdeutschen Städte freistellen zur Ermöglichung oder Erleichterung der Aufnahme der deutschen Kinder in die deutschen Privatschulen der abgetrennten Gebiete stiften. Der Stadtrat hat im Hinblick auf die dringende Aufgabe deutscher Volksgemeinschaft den für zwei freistellen erforderlichen Betrag von 1200 Mark bewilligt.

Zeitschriftenschau.

Die „Deutsche Rundschau“ (herausgegeben von Rudolf Bechel), Verlag d. „Deutschen Rundschau“, Gebr. Pachtel (Dr. Georg Pachtel), Berlin, die ich mit unermüdlichem ernstem Willen der vorurteilslosen Erkenntnis der Völker- und Staatsphysiognomie widmet — wir verdanken ihr von den berufensten Männern wertvolle Beiträge über die Völker Ostasiens und des Orients (im Juliheft), über Rußland, Frankreich, Irland usw. — vervollständigt im Augustheft ihre ethnographisch politische Portraitsammlung durch zwei bedeutende Arbeiten über südeuropäische Völker: der bekannte schwedische Oberst Ludvig af Petersens, Stockholm, berichtet auf Grund seiner jüngsten Studienreise über die tschechoslowakischen Verhältnisse 1921. Bemerkenswert ist, wie der zweite Beitrag, in dem Karl Hermann Deutsches aus Jugoslawien in seinem Todeskampf schildert, ein Bild von verzweifelter Ähnlichkeit mit dem aus der tschechoslowakischen Zeit: in beiden Ländern, die noch keine Reichsstaaten sind, die gleichen brutalen Mittel zur rücksichtslosen Unterdrückung der deutschen Kultur, der diese Länder soviel verdanken.

Die andern Beiträge sind mit ihrem feinen, wohlthuend klaren u. beschaulichen Charakter zur Ferienlektüre besonders geeignet. Das tiefe Versenken in den Geist der deutschen Landschaft mit all seinen unendlich reichen und doch innerlich verwandten Erscheinungsformen, aus dem die Zeilen von Professor Frhr. Gränk erwachsen sind, wird manchem ein neues Verhältnis zu der Natur erschließen. Das harmonische, kindlich große Menschentum, das aus dem innigen Briefwechsel zwischen Theodor Storm und Heinrich Seidel, den der Sohn S. Seidels in diesem Heft der Öffentlichkeit übergibt, herausleuchtet, wird dem modernen alltagsarrifenen Menschen tiefe Erquickung gewähren. Die mit seelischen Spannungen geladene Novelle „Lobhoroque“ von Dr. Adolf Lapp entwickelt das Erlebnis eines Künstlers, der an dem leidenschaftlichen Drang nach der Erkenntnis der letzten Probleme in der Kunst zugrunde geht. Einen klaren Einblick in die Struktur des großen Orchesterinstruments gibt Dr. H. Baudner in seiner entwicklungs-geschichtlichen Studie über das Kapellmeisteramt. Das Schöpfen eines unserer jüngsten Dichter, Frhr. von Arnim, findet durch Dr. Arthur Gieseler eine eingehende Würdigung, die die Hauptfragen in der neuen Dichtung erschließt. Friedrich v. Doppeln-Bronikowski beleuchtet in einer feinen Studie die künstlerische und politische Bedeutung Roman Rollands. Die Politische Rundschau, von Bertinador, ferner die Chronik des Grenz- und Auslandsdeutschtums, der „Kulturspiegel“ Vom Geiste der Völker, die Luftfahrtschau und die literarischen Notizen ergänzen auch dieses Heft zu einem klaren Kulturabriss.

Staatsanzeiger.

Neuer Zug zwischen Oppenau und Offenburg. Vom Sonntag, den 14. August an bis Ende Oktober verkehrt zwischen Oppenau und Offenburg Sonn- und Feiertags der neue Zug 1363 (F) mit 4. Klasse wie folgt: Oppenau ab 8.42 nachm., Gubader ab 8.52, Lautenbach ab 8.58, Oberkirch ab 9.08, Zusenhofen ab 9.18, Appenweiler an 9.26, ab 9.30, Windschlag ab 9.37, Offenburg an 9.45 nachm. Als Gegenzug verkehrt zwischen Appenweiler und Oppenau der Zug 136 (F) bis 31. Oktober mit 4. Klasse: Appenweiler ab 7.33 nachm., Zusenhofen ab 7.41, Oberkirch ab 7.51, Lautenbach (Baden) ab 7.58, Gubader ab 8.03, Oppenau an 8.13 nachm.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Justizministerium.

Widerrufen: Die Zulassung der in Lörrach wohnhaften Rechtsanwälte Karl Bühler, Friedrich Bortisch und Friedrich Schmitt beim Landgericht Waldshut unter Aufrechterhaltung ihrer Zulassung beim Landgericht Freiburg.

Planmäßig angestellt:

Aufscher Emil Hallmeier beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz.

Ernannt:

Kanzleihilfe Richard Schall, genannt Wünsch, bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg zum Kanzleiaffistenten.

Versetzt:

Oberaufseher Franz Porta beim Landesgefängnis Mannheim zum Kreisgefängnis Mastatt.

Entlassen:

Justizaffistent Johann Algeier beim Landgericht Offenburg auf Antrag.

Gestorben:

Kanzleiaffistent Heinrich Wittenmann beim Amtsgericht Donaueschingen.

Ministerium des Innern.

Versetzt:

Oberrevisor Eisele vom Bezirksamt Mühlheim zum Bezirksamt Stodach.

Zurückgenommen:

Die Versetzung des Oberrevisors Weisshaupt zum Bezirksamt Donaueschingen.

Amtliche Bekanntmachung.

Die Verkaufszeit für den Hausierhandel in der Stadt Karlsruhe betr.

A. Unter Aufhebung der Anordnung betr. den Hausierhandel an Werktagen vom 5. Oktober 1908 wird auf Grund d. des § 139 e Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung folgende Anordnung getroffen:

An Werktagen dürfen im Gewerbebetrieb im Umherziehen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sowie an anderen öffentlichen Orten, auch in Wirtschaften, nicht aber von Haus zu Haus, bis zur jeweils allgemein festgesetzten Polizeistunde feilgeboten werden:

Zeitungen, Zeitschriften, Druckschriften und anderer Lesestoff, Blumen und geröstete Kastanien.

B. Für den Verkauf solcher Gegenstände von festen Verkaufsstellen aus, als welche auch bewegliche Wagen gelten, die in regelmäßiger Weise, wenn auch abwechselnd an bestimmten Orten zum Verkauf aufgestellt werden (sogen. Straßenhandelsstellen) gilt obige Ausnahmebestimmung nicht, sondern verbleibt es bei der durch § 9 der N.-B.-O. vom 18. März 1919 festgesetzten Ladenschließzeit um 7 Uhr abends.

C. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe (Anordnung des Bezirksamts vom 20. April 1920) werden hierdurch nicht berührt.

Die Anordnung tritt sofort in Kraft. 9.542 Karlsruhe, den 29. Juli 1921.

Bezirksamt. — Polizeidirektion C. D. 3.117

Freier Glaube

Ein Bekenntnis

von Albert Segauer

Preis 6.50 Mark

Innere Abkehr vom Christentum bedeutet nicht einen völligen Verzicht auf Religion. Was die wahrhaft freireligiösen suchen ist Religion, nur eine reinere, freiere, als die sie von den Vätern ererbt hatten. Ein neues Vertrauen — zu Gott, zum Leben, zum Menschen — einen neuen Glauben suchen sie alle, die wirklich leben.

Diesen Suchenden zeigt Segauer einen Weg, wahrhaft gläubig zu sein, ohne an Freiheit einzubüßen; der Natur ihr Recht zu lassen, ohne den Geist zu leugnen; Gott zu geben, was Gottes ist, ohne der Welt zu nehmen, was ihr zukommt. Wer sich zu solchem Glauben bekennt, den läßt innere Ruhe und alles überwindende Zuversicht schon inmitten dieser Welt zu jenem höheren, wahren Leben heranreifen, das die aus alttestamentlichem Glauben erwachsene christliche Kirche erst für eine jenseitige Welt versprechen kann.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt durch den Verlag

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag in Karlsruhe, Baden, Karlsruhstr. 14

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Lehrpraktikant Oskar Harlacher zum Professor am Gymnasium in Bruchsal.

Oberlehrer Theodor Hirth aus Mittelhausen zum Professor an der Realschule in Eppingen.

Schulkandidat Hermann Schäfel aus Willingen zum Turnlehrer am Lehrerseminar Meersburg

Versetzt:

Professor Artur Stabahl von der Realschule in Eppingen an die Lessingschule in Mannheim, Professor Christian Wurster von der Lessingschule in Mannheim an die Realschule in Eppingen.

Professor Dr. Paul Verberich an der Kiselotteschule in Mannheim an die Realschule in Oberkirch, Gewerbelehrer Reichard Vertsch in Zell i. W. an die Gewerbeschule in Engen, Handelslehrer Karl Grupp in Offenburg an die Gewerbe- und Handelsschule in Zell i. W.

Verliehen:

Dem Privatdozenten für neuere deutsche und skandinavische Literatur Dr. Erwald Boudé an der Universität Heidelberg für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität die Dienstbezeichnung außerordentlicher Professor.

Zurückgesetzt:

Professor Emil Richter am Gymnasium in Bruchsal auf Ansuchen.

Regierungsrat Friedrich Fischer im Ministerium des Kultus und Unterrichts auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Gestorben:

Karl Godel, evang. Pfarrer a. D. in Tennenbronn, Amts Triberg.

Professor Dr. Robert Kaltenbacher an der Oberrealschule in Konstanz.

Walbert Baier, zurückgesetzter Professor, zuletzt am Gymnasium in Mastatt.

Joseph Schott, zurückgesetzter Studienrat, zuletzt am Gymnasium in Konstanz.

Oberreallehrer Heinrich Dinges am Gymnasium in Baden.

Kath. Kultus.

Der von Seiner Erzelenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Hartheim, Dekanats Breisach, ernannte Pfarrer Josef Gottwald, bisher Pfarrerverweser daselbst, wurde am 26. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzelenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Nauensberg, Dekanats Rauberbischofsheim, ernannte Pfarrer Julius Lamp, bisher Pfarrerverweser daselbst, wurde am 29. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Der vom Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Buchen, Dekanats Buchen, ernannte Pfarrer Josef May, bisher Pfarrerkurat in Baiertal, wurde am 29. Juni d. J. kirchlich eingesetzt.

Amtliche Eilgut-Bestätterei

Der unterzeichneten Firma

Werner & Gärtner

wurde von der Eisenbahn-Generaldirektion die

amtliche Eilgutbestätterei

die bisher die Firma v. Steffelin inne hatte, ab 15. August ds. Js. übertragen.

In der An- und Abfuhr der Eilgüter tritt keinerlei Änderung ein, und wir machen darauf aufmerksam, daß die ankommenden Eilgüter von der Eisenbahnverwaltung uns zur Zufuhr ohne weiteres überwiesen werden und besondere Vollmachten deshalb nicht erforderlich sind.

Eilgutbestätterei-Tel.-Nr. ab 15. 8.: 2980

Werner & Gärtner

Amtliche Eilgutbestätterei

Karlsruhe Hauptbahnhof

R. 508

Städtisches Konzerthaus.

Freitag den 12. August, 7 — geg. 10 Uhr.

Volksbühne R 5 Der Vogelhändler.

Die weltberühmt. Passionsfestspiele

auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 m breit, 100 m tief, in Freiburg i. B. unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Brüder Adolf und Georg Faßnacht. — Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm —, Spieltage vom 16. Juli ab, jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. — Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr, 1500 Mitwirkende. Auskunft und Prospekte kostenlos durch B. Gotthard, Freiburg i. B., Kaiserstraße 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. Die Festeitung. [K. 334]

§ 525.2.1. Karlsruhe. Der Hoteldirektor Friedrich Jakob Stadelmaier zu Forstheim, Hotel Post, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Fritz Netter und Dr. Hans Meier in Forstheim, klagen gegen seine Ehefrau Elisabeth Lucy geb. Harvey, früher in London, zurzeit unbekannt wo, auf Grund des § 1568 B. G. B. mit dem Antrage auf kostenpflichtige Scheidung der am 29. April 1905 in London geschlossenen Ehe der Streitteile aus Verschulden der Beklagten.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Zivilkammer des Landgerichts Karlsruhe auf Freitag, den 18. November 1921, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch

Ernennungserium.

Ernannt:

Zum Oberaufseher der Straßenmeister Georg Schunelmaier bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Offenburg; zu planmäßigen Verwaltungsassistenten: die Verwaltungsgelhilfen Franz Dürrschnebel bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Andreas Gößky bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Wörach, Joseph Zimm bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Bonndorf, Emil Kollosratz bei der Kulturinspektion Wosbach, Fritz Levenhagen bei der Kulturinspektion Konstanz, Wilhelm Kardall und Karl Preußer bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Theodor Schneider bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Waldshut, Karl Stang bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Eisingen;

zu planmäßigen Bauassistenten: die Straßenmeisterassistenten Franz Viehler und Karl Joseph bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Waldshut, Karl Koch bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe, Johann Kraus bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Offenburg, Alfred Niedmann bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Donaueschingen, Anton Straub bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Waldshut; zu planmäßigen Straßenwärttern: die Landstraßenwärter Franz Schmieder in Oberwolfach und Martin Wölfe in Donaueschingen.

Versetzt:

Regierungsbaumeister Manfred Sütterlin in Wosbach zur Wasser- und Straßenbauinspektion Konstanz.

Zurückgesetzt:

Oberaufseher Andreas Weiser bei der Kulturinspektion Heidelberg, Hafenmeister August Kramer in Mannheim, Landstraßenwärter Ludwig Joemann in Oberherrnszell, Landstraßenwärter Michael Wälder in Müngesheim.

Gestorben:

Wilhelm Brunner, Rechnungsspektor bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Oberaufseher Max Kunar in Offenburg am 17. Juli 1921.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Baumeister Friedrich Bächler beim Bauwesen des Finanzministeriums zum Oberaufseher daselbst.

Eisenbahn-Generaldirektion.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat dem Stationsamt II Neuenburg übertragen.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Eisenbahninspektor Ernst Mägentaler in Offenburg nach Reich versetzt.

Entlassen:

Eisenbahnobersekretär Emil Haer in Karlsruhe.

Aus dem Bereich der Oberrechnungskammer.

Gestorben:

Rechnungsrat Josef Steiner.

einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Karlsruhe, 8. August 1921. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

§ 526. Schweligen. Über das Vermögen des Zigarettenfabrikanten Karl Hornung in Mühlheim ist heute am 10. August 1921, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Herr Rechtsanwalt Förner in Schweligen ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. August 1921 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Verbehaftung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 13. September 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgerichte Schweligen Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. August 1921 Anzeige zu machen. Schweligen, 10. Aug. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Für den Neubau der Zug-Abt. der Techn. Hochschule werden Gegenstände der inneren Einrichtung Schreinerarbeiten und Möbel im Wege der öffentlichen Angebote nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 ausgeschrieben. Unterlagen werden auf dem Baubüro, Kaiserstr. 6, gegen

Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Zeichnungen liegen zur Einsicht auf. Die Angebote sind beschloßsen mit entsprechender Aufschrift versehen bis Donnerstag, den 18. August, vormittags 11 Uhr, ebenda abzugeben. Eröffnung der Angebote findet vor etwa erscheinenden Unternehmern oder deren Stellvertretern statt. Zuschlagsfrist 4 Wochen vom Tage der Eröffnung der Angebote ab gerechnet. Ganze oder teilweise Ablehnung der Angebote bleibt vorbehalten. § 512.2.2 Die Bauleitung.

Alle Oberbau- und Werkstoffmaterialien öffentlich zu verkaufen: Schienen, Schwellen, Kleinisenzeug, Auslenkungen Zentralweichenmaterial, Drehscheiben, Schiebehüben, Kernschrot, Schloßschrot, Bleche, Radreifen, Spirale und Plattfedern, Bremsklötze, Roststäbe u. a. Angebotsbogen gegen Einzahlung von M. 4.50 in Briefmarken bei uns erhältlich. Angebote sind spätestens bis Montag, den 29. August 1921, nachmittags 3 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. § 510.2.1 Karlsruhe, 6. August 1921.

Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion. Baumeisterstr. 1.

Lieferung von eisernen Häusern nach Finanzministerial-Verordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Angebote + Vorbrude, Bedingungen und Zeichnung werden bei postfreier Einzahlung von M. 4 zugeseht. Angebote, mit der Aufschrift: „Bedingung von eisernen Häusern“ spätestens bis Mittwoch, den 31. August 1921, vormittags 10 Uhr, beschloßsen und postfrei beim Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe, Baumeisterstr. 1, einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. § 408.2.2 Karlsruhe, 1. Aug. 1921.

Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.

Zu verkaufen im bahneigenen Schotterwerk Altdorf durch elektrischen Anschluß freilegender Dampflokmobile. Bauart Lang, 37 PS. Normalleistung, Verkaufsbedingungen erfragen bei Maschineninspektion Basel. (Schweiz). § 523.1